

EU-BINNEN/AUSSENGRENZEN

# Zukunft liegt in der Vergangenheit

## Rückkehr der Grenzzäune und Grenzmauern

Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 und der (großen) EU-Osterweiterung im Jahr 2004 gehörten Grenzzäune und stark bewachte Grenzanlagen innerhalb der Europäischen Union der Vergangenheit an. Die Flüchtlingsbewegung 2015 hat zu einem massiven Umschwung in der Flüchtlings- und Grenzschutzpolitik geführt. Baut Europa an einem neuen Eisernen Vorhang?

Von **Sven Schebek**



Balkanscat / Shutterstock.com

Grenzzaun an der ungarisch-serbischen Grenze

**D**ie Flüchtlingsbewegung nach Europa im Jahr 2015 führte zu einer Verschärfung der Gräben in der Flüchtlings- und Migrationspolitik sowie der Grenzschutzpolitik. Der Kern des Streits liegt in der Flüchtlingsverteilung innerhalb der EU und die Schaffung legaler Fluchtmöglichkeiten. Eine Einigung auf supranationaler Ebene ist bis dato nicht gelungen, weshalb die Antwort immer häufiger in der Schaffung von nationalstaatlichen Maßnahmen

liegt. Den Startschuss setzte die ungarische Regierung von Viktor Orban im Herbst 2015, indem Grenzzäune nach Serbien und Kroatien (EU-Mitgliedsstaat, kein Mitglied der Schengenzone) errichtet wurden.

In den letzten Jahren wurden die Bestrebungen der EU-Staaten, sich nach innen und nach außen weiter abzuschotten, ausgebaut. Unter den Staaten, welche die Grenzbarrieren aus-

bauen, gehören zahlreiche Balkan-Staaten sowie das Baltikum.

Maßnahmen zur Verstärkung des Grenzschutzes (Barrieren und personelle Ressourcen nach Ländern):

### Litauen, Estland und Lettland

Im August 2021 beschloss das litauische Parlament den Bau eines Grenzzaunes zu Belarus. Der Grenzzaun soll eine Länge von rund 508 Kilometer haben und verfolgt das Ziel, die Flüchtlingszahlen aus Belarus zu senken.<sup>1</sup> Der Bau des Grenzzaunes soll 2022 abgeschlossen sein und die illegalen Grenzübertritte deutlich senken.<sup>2</sup> Laut Planungen dürfte der Zaun ca. drei Meter hoch sein und Stacheldraht enthalten.<sup>3</sup>

Lettland hat mit dem Ausbau seiner Grenzanlagen ebenfalls auf die steigenden Flüchtlingszahlen aus Belarus reagiert. Lettland setzt kurzfristig auf die Ausrollung von Stacheldrahtrollen (37 Kilometer) an verschiedenen Grenzabschnitten, bevor weitere Maßnahmen getroffen werden.<sup>4</sup> Anfang August 2021 hatte die lettische Regierung bereits einen Notstand in seinen Grenzregionen zu Belarus ausgerufen. Der Notstand Lettlands weist eine Gültigkeit bis 10. November 2021 auf. Weitere Maßnahmen richten sich gegen Geflüchtete aus Belarus, welche notfalls mit physischer Gewalt am (illegalen) Grenzübertritt gehindert werden. Des Weiteren sind die Grenzschutzbeamten nicht mehr verpflichtet Asylträge von Seiten der Geflüchteten zu akzeptieren.<sup>5</sup>

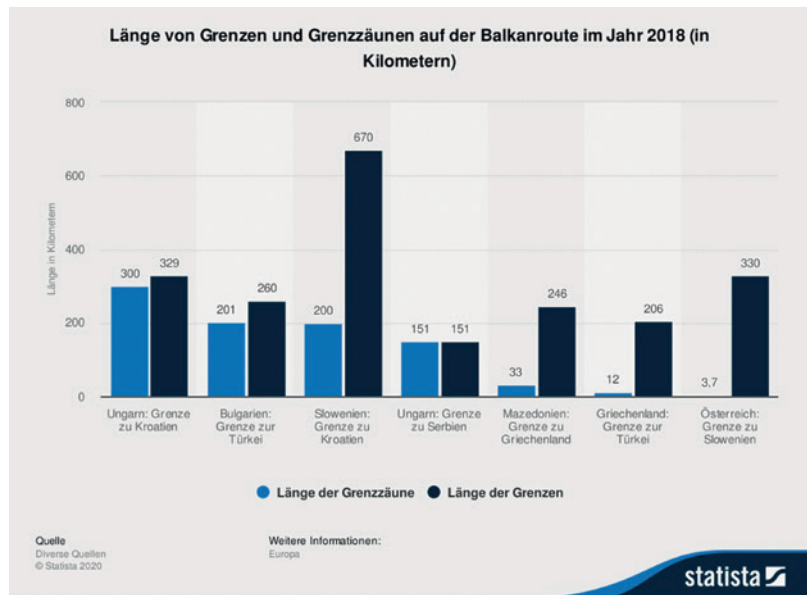
Estland verstärkt seinen Außengrenzschutz nach Russland mit dem Bau von zwei Meter hohen Grenzzäunen. Der Zaun soll eine Länge von 115 Kilometer umfassen und bis 2026 fertiggestellt werden.<sup>6</sup>

### Polen

Neben Litauen, Estland und Lettland ist auch Polen von den steigenden Flüchtlingszahlen aus Belarus betroffen und hat ebenfalls den Ausbau seiner Grenzanlagen angekündigt. Der Ausbau des Grenzzauns soll eine Länge von 190 Kilometern umfassen, was beinahe die Hälfte der gemeinsamen Grenze entspricht. Der Zaun wird 2,5 Meter hoch sein und die Grenzschutzbeamten werden durch ein aufgestocktes Armeekontingent (2000 Soldaten) beim Außengrenzschutz unterstützt.<sup>7,8</sup>

### Balkanstaaten

Laut Statista betrug der Grenzzaun zwischen Kroatien-Ungarn 300 Kilometer, wobei die gemeinsame Grenze insgesamt 329 Ki-



Grenzlänge und Grenzzäune in Europa, Statista

lometer beträgt. Slowenien und Kroatien teilen eine gemeinsame Grenze von 670 Kilometern, davon bestehen 200 Kilometer in Form eines befestigten Grenzzaunes. Die Grenze zwischen Serbien und Ungarn beträgt 151 Kilometer und ist durchgehend durch einen Grenzzaun getrennt. Die Daten stammen aus dem Jahr 2018.<sup>9</sup>

Diese Projekte stärken das Image der Europäischen Union als „Festung Europas“ und stellen nur einen kleinen Auszug der aktuellen Ausbaumaßnahmen der einzelnen Nationalstaaten dar. Die genannten Maßnahmen, welche teilweise durch die Europäische Union unterstützt<sup>10</sup> werden, sind eine Reaktion auf eine fehlende gemeinsame Asylpolitik innerhalb der Europäischen Union. Inwiefern die neuen Grenzschutzmaßnahmen zu einer Begrenzung bzw. Reduktion der Flüchtlingszahlen beitragen, ist umstritten.

Laut einem Bericht der ZDF-Sendung „heute in Europa“ entfaltet der ungarische Grenzzaun nicht die erwünschte Wirkung und kann Geflüchtete nur unzureichend auf ihren Weg in die Zielländer (v.a. Deutschland, Schweden und UK) aufhalten. Die Geflüchteten werden meist hinter der Grenze durch die Grenzschutzbeamten oder bei Verkehrskontrollen innerhalb des Landes aufgegriffen. Zudem führen die Verschärfungen in einzelnen Nationalstaaten nur zu einer Verschiebung der Fluchtrouten, d.h. Rumänien wird zu einem wichtigen Transitland.<sup>11</sup> Diese Erkenntnisse decken sich mit einem Artikel aus der Tageszeitung „Die Zeit“ aus dem Jahr 2016, in welchen die Wirksamkeit eines Grenzzaunes am Beispiel Ungarns untersucht wurde. Die Analyse zeigte, dass der Grenzzaun nur so lange erfolgreich war, bis die anderen Nationalstaaten ihre Grenzanlagen ausgebaut hatten. Nach einer kurzen Entspannung ist die Anzahl der illegalen Grenzübertritte von wenigen Personen pro Tag auf bis zu einigen Hunderten pro Tag angestiegen (Faigle 2016).<sup>12</sup> Der Erkenntnis-

1 Die Kosten für die Grenzanlage betragen rund EUR 150 Millionen.  
 2 Bereits vier Jahre zuvor wurde ein zwei Meter hoher Grenzzaun nach Kaliningrad (Russland) gebaut, um die Kriminalität und illegale Grenzübertritte zu senken.  
 3 Süddeutsche Zeitung (2021): Wie EU-Länder ihre Grenzen gegen Migration befestigen, 31 August 2021, Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/migration-wie-eu-laender-ihre-grenzen-gegen-migration-befestigen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210831-99-41648>.  
 4 Süddeutsche Zeitung (2021): Wie EU-Länder ihre Grenzen gegen Migration befestigen, 31 August 2021, Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/migration-wie-eu-laender-ihre-grenzen-gegen-migration-befestigen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210831-99-41648>.  
 5 Deutsche Welle (2021): Lettland ruft Ausnahmezustand aus, 10.08.2021, Online unter: <https://www.dw.com/de/lettland-ruft-ausnahmezustand-aus/a-58824077>.  
 6 Süddeutsche Zeitung (2021): Wie EU-Länder ihre Grenzen gegen Migration befestigen, 31 August 2021, Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/migration-wie-eu-laender-ihre-grenzen-gegen-migration-befestigen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210831-99-41648>.  
 7 Süddeutsche Zeitung (2021): Wie EU-Länder ihre Grenzen gegen Migration befestigen, 31 August 2021, Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/migration-wie-eu-laender-ihre-grenzen-gegen-migration-befestigen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210831-99-41648>.  
 8 EURACTIV (2021): Polen baut 2,5 Meter hohen Stacheldrahtzaun an Grenze zu Belarus, 24.08.2021, Online unter: <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/polen-baut-25-meter-hohen-stacheldrahtzaun-an-grenze-zu-belarus/>.

9 Statista (2018): Länge von Grenzen und Grenzzäunen auf der Balkanroute im Jahr 2018 (in Km), Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1171729/umfrage/grenzen-und-grenzzaunen-auf-der-balkanroute/>.  
 10 Unterstützung des Baltikums In Form von Frontex Grenzschutzbeamten – siehe u.a. den Artikel von der Zeitung Zeit: Frontex will EU-Außengrenze in Litauen stärker absichern, Online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-07/litauen-belarus-frontex-eu-grenze-migration-krise-grenzschutz>.  
 11 ZDF – Heute in Europa (2021): Ungarn: Grenzzaun verliert an Wirkung, 16.08.2021, Online unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-in-europa/ungarn-grenzzaun-verliert-an-wirkung-100.html>.  
 12 Hintergrundanalyse von Philip Faigle in der Wochenzeitung Die Zeit – zur Wirksamkeit von Grenzmauern am Beispiel Ungarn.

gewinn lautet daher, dass die Grenzzäune bloß zu einer Problemverschiebung bzw. temporären Lösung führ(t)en, aber das Hauptproblem der Fluchtursachen weiter vernachlässigt wird. Die Problemlösung liegt nicht in einer stärkeren Abschottungspolitik, sondern in der Bekämpfung der Fluchtursachen. Die zentrale Frage lautet daher: Was sind die genauen Ursachen für die Flucht aus den Herkunftsländern? Warum verlassen Menschen ihre gewohnte Umgebung und riskieren unter Umständen das eigene Leben?

### **Bewertung der aktuellen Entwicklungen**

Der Bau von neuen Grenzschutzanlagen und die Aufstockung des Grenzschutzes wird nach dem chaotischen Abzug der europäischen und US-amerikanischen Truppen aus Afghanistan und der Machtübernahme der Taliban beschleunigt werden, da eine Zunahme von Geflüchteten im europäischen Raum zu erwarten ist. Die neuen Grenzschutzanlagen sollen zudem als Inszenierungselement dienen, um zeigen zu können, dass die europäischen Außengrenzen gesichert seien. Die Politikwissenschaftlerin Sonja Buckel beschrieb bereits im Jahr 2018, dass die europäischen Außengrenzen weniger durch die europäischen Grenzschutzbeamten, als durch die sogenannten „zwei Ringe der Externalisierung“ gesichert werden. Der erste Ring der Externalisierung beschreibt eine Verlegung der Zuständigkeit für die (europäischen) Grenzkontrollen, hin zu den peripheren Mitgliedsstaaten<sup>13</sup> (Buckel 2018). Der fehlende Verteilungsmechanismus innerhalb der Europäischen Union führt dazu, dass die peripheren EU-Mitgliedsstaaten ein großes Interesse haben, die Anzahl der Asylanträge und Flüchtlings- und Migrationszahlen zu reduzieren. Der Befund wird aufgrund der Tatsache der fehlenden Rückschiebeabkommen mit den meisten Herkunftsländern gestärkt. Infolgedessen entstand der sogenannte zweite Ring der Externalisierung, welcher zu einer weiteren Verlagerung führte, d.h. die Kontroll- und Grenzschutzmaßnahmen wurden an afrikanische Staaten, Türkei sowie an die Ukraine outgesourct (Buckel 2018). Das Ziel der Externalisierung liegt darin, dass die Geflüchteten erst gar nicht in die Nähe des europäischen Hoheitsgebiets kommen und dadurch keine Möglichkeit haben, einen Asylantrag zu stellen. Inwiefern sind die (neuen) Grenzschutzanlagen innerhalb der EU und an den Außengrenzen ein probates Mittel gegen (ausufernde<sup>14</sup>) Flüchtlingszahlen? Die Daten aus der Vergangenheit haben diesen Erfolg bislang nicht belegt. Die Maßnahmen dürften viel mehr den Zweck erfüllen, dass im Bereich der Flüchtlingspolitik und des Grenzschutzes den Bürger\*innen und Wähler\*innen Handlungsfähigkeit demonstriert wird.

### **Probleme und Lösungsvorschläge**

Der Ausbau neuer Mauern und Zäune in Europa, die Wiedereinführung (temporärer) Grenzkontrollen innerhalb der Europäischen Union, die gänzliche Schließung der Grenzen im Rahmen der Coronakrise sowie die fehlende Solidarität innerhalb der EU haben grundlegende Wertvorstellungen des europäischen Projekts erschüttert. Welche Probleme sind auf der europäischen bzw. nationalstaatlichen Ebene im Themenbereich Asyl/Grenzschutz zu lösen?

Auf der nationalstaatlichen Ebene sind die langsamen und langwierigen Asylverfahren durch eine entsprechende Ausfi-

nanzierung der Behörden und der Justiz zu beschleunigen. Die schnelleren Verfahren sind im Falle eines negativen Asylbescheides nur ein Teil der Lösung, denn ohne Rücknahmestaat können Abschiebungen nicht ohne Weiteres umgesetzt werden und die Menschen verbleiben im Transit- oder Zielland. Daher gilt es auf supranationaler Ebene mit den Herkunftsstaaten dementsprechende Rückschiebeabkommen auszuverhandeln, um das Regelwerk umsetzen zu können. Weiters braucht es auf der Ebene der Europäischen Union eine gemeinsame Asylpolitik, welche eine Überwindung zwischen den Blöcken zentralen und peripheren Ländern sowie die Visegrád-Gruppe (Slowakei, Tschechien, Polen und Ungarn) ermöglicht. Die gemeinsame Asylpolitik, muss Elemente einer neuen Entwicklungspolitik, die Forcierung von legalen Fluchtmöglichkeiten und die bereits genannten Rückschiebeabkommen enthalten, um eine menschenwürdige, aber regelbasierte Asyl- und Migrationspolitik zu ermöglichen. Unter einer neuen Entwicklungspolitik ist eine zielgerichtete und auf konkrete Projekte ausgelegte Unterstützungspolitik gemeint, d.h. die Mittel sollen nicht bloß an die jeweiligen Regierungen ausgeschüttet werden sondern in der Zusammenarbeit mit sozialen Bewegungen und NGOs vor Ort effektiv eingesetzt werden. In einem weiteren Schritt sind die Fluchtursachen in den sogenannten Herkunftsländern zu untersuchen und die Fluchtursachen ggf. durch die Herstellung von Sicherheit, Verringerung der Armut sowie Klimaschutzmaßnahmen zu minimieren. Die dargelegten Probleme und potenziellen Lösungsvorschläge zeigen, dass monothematische Lösungen, wie der Außengrenzschutz nicht ausreichen. Der Außengrenzschutz ist zwar eine wichtige Säule aber nur ein Teilaspekt eines Ganzen und kann somit nicht die Universalantwort bedeuten.

Das Zusammenbrechen des Grenzregimes (2015) hat gezeigt, dass der Außengrenzschutz nicht die alleinige Lösung darstellt. Die fehlende Entlastung der peripheren Staaten, aufgrund des Dublin Abkommens führt dazu, dass die Staaten ein Interesse haben, dass sie Flüchtlinge mit einem anderen Zielland nicht entdecken, da sie ansonsten für das Asylverfahren zuständig wären und bei etwaigen negativen Asylbescheid vermutlich nicht in der Lage wären, jene Person abzuschicken. Aufgrund der ungleichen Lastenverteilung braucht es einen Ausgleich zwischen den stark betroffenen Staaten (Spanien, Italien und Griechenland) und den restlichen Mitgliedsstaaten. Dieser Ausgleich sollte durch die europäischen Institutionen attraktiver ausgestaltet werden, um eine höhere Teilnahmebereitschaft von Seiten der Mitgliedsstaaten zu erreichen.

Weiters ist die Schaffung von legalen Fluchtrouten und Migrationsrouten zu bewerkstelligen, um eine Reduktion der illegalen Grenzübertritte zu erreichen. Die Ideen reichen von der Wiedereinführung des Botschaftsasyl bis hin zu Resettlement Programmen, welche bis dato allerdings eine untergeordnete Rolle spielen. Das Botschaftsasyl würde mit der Praxis brechen, wonach ein Geflüchteter europäisches Hoheitsgebiet erreichen muss, um einen Asylantrag stellen zu können. Das Botschaftsasyl ermöglichte Asylanträge für Österreich und andere europäische Staaten im Heimatland zu stellen, allerdings wurde diese Möglichkeit 2001 abgeschafft. Das Resettlement Programm ist eine Möglichkeit, das Personen kontrolliert und legal einreisen können. Bereits anerkannte Flüchtlinge (in anderen Staaten) werden in sichere Länder umgesiedelt (Gartner et. al. 2017). Die Schaffung von legalen Fluchtmöglichkeiten würde die Anzahl der illegalen Grenzübertritte stark senken und gleichzeitig humanitäres Leid vermindern. Der Vorteil beider Programme liegt darin, dass die Personen vor Ort auf das Ergebnis ihres Asylbescheides

<sup>13</sup> Dublin Abkommen

<sup>14</sup> Die Zahlen des UNHCR Global Trends 2020 belegen, dass sich Ende 2020 rund 82 Millionen Menschen auf der Flucht befanden. 48 Millionen Menschen sind Binnenvertriebene (innerhalb des Heimatlandes geflohen) und rund 73% der Geflüchteten leben im Nachbarland ihres jeweiligen Heimatstaates. 86% der Geflüchteten leben in Entwicklungsländern, weshalb der Anteil der Geflüchteten in Europa nur eine Minderheit darstellt (UNO Flüchtlingshilfe 2020 - Daten aus dem UNHCR-Global-Trends-Report).

warten und sich die Personen im Heimatland, Nachbarland bzw. noch in der Region befinden. Die Anzahl der illegalen Grenzübertritte sowie der etwaigen Abschiebungen würden somit geringer ausfallen.

Bislang hat es keine konstruktive, sach- und lösungsorientierte Gespräche innerhalb des Europäischen Rates bzw. Rat der Europäischen Union (Nationalstaaten) gegeben, weshalb es beim kleinsten gemeinsamen Nenner Externalisierung bleibt. Einer erfolgreichen gesamteuropäischen Lösung stehen nationale und parteipolitische Interessen im Weg, dadurch würden mehrere Wahlkampfthemen (z.B. Asyl, Migration, Grenzschutz, EU-Skeptizismus) wegfallen. Der Ausbau der Grenzzäune und Grenzmauern ist vor dem Hintergrund zu betrachten, dass nationale Stimmungen, die Imagepflege und die Demonstration von Handlungsfähigkeit im Themenfeld eine wesentliche Rolle einnehmen. Der Grenzzaun wird zu einem Symbol der Ablehnung von Hilfesuchenden und hat eventuell mehr Bedeutung in der symbolischen Wirkung als im effektiven Einsatz.

### Schluss

Die Maßnahmen auf der nationalstaatlichen Ebene sind meines Erachtens als eine Folge der gescheiterten gemeinsamen europäischen Asylpolitik zu betrachten. Der Ausbau der Grenzzäune im Baltikum als Reaktion auf die steigende Flüchtlingszahlen zeigt nachdrücklich die Externalisierungspolitik, in welcher auch die Zusammenarbeit mit diktatorischen und autoritären Regimen gepflegt wurde. Belarus setzt die Europäische Union unter Druck, indem Geflüchtete direkt an die Grenze des Baltikums gefahren werden. Es handelt sich hierbei um eine Racheaktion von belarussischer Seite. Der Grund dafür ist der Umgang Belarus mit der Demokratiebewegung und den darauffolgenden EU-Sanktionen gegen Belarus. Wie man sieht, sind viele europäische Staaten kaum in der Lage, ihre Grenzen wirkungsvoll zu schützen, andererseits produzieren ihre Maßnahmen auch immer wieder Situationen, welche mit den menschenrechtlichen Standards der EU nur sehr schwer vereinbar sind. Welchen Effekt haben die neuen Zäune und Mauern auf das Ausmaß der Flüchtlingszahlen und welche symbolische Bedeutung haben sie in Bezug auf die Vergangenheit und der (zukünftigen) europäischen Integration?

Ein wichtiger Aspekt, der meiner Meinung nach nicht zu vernachlässigen ist, ist die Tatsache, dass vor allem jene Mitgliedsstaaten den Ausbau von Grenzmauern vorantreiben, welche ohnehin eine starke Stoßrichtung hin zum Nationalismus aufweisen. Darunter finden sich Staaten wie Polen und Ungarn, welche ohnehin in vielen Angelegenheiten mit den Werten der Europäischen Union (u.a. Rechtsstaatlichkeit) kollidieren. Die Zukunft der Europäischen Union und eine weitere Vertiefung der Europäischen Integration stehen auf dem Spiel, denn das Aufziehen von neuen Grenzen sollte auch vor dem Hintergrund eines anwachsenden Nationalismus in manchen europäischen Staaten gesehen werden, ein Phänomen welches während der Coronapandemie noch weiter zugenommen hat. Der freie Verkehr von Personen und Waren war durch die nationalen Grenzschließungen zu Beginn der Coronakrise nur noch eingeschränkt möglich und zeigt die starke Fokussierung auf nationale Interessen. Die Pandemiebekämpfung findet ebenfalls hauptsächlich auf der nationalen Ebene statt ohne Regularien über die eigenen nationalstaatlichen Grenzen hinaus.

Es braucht eine Überwindung des Denkens im engen nationalstaatlichen Rahmen und eine lösungsorientierte und zukunftsorientierte Ausrichtung in der Asyl- und Grenzschutzfrage. Es gilt ein System zu kreieren, in welchen die verschiedenen Aspekte

berücksichtigt werden und die Komplexität nicht auf ein simples Teilsystem reduziert wird. Eine umfassende gesamtheitliche Lösung ist möglich, setzt aber eine Verhandlungsbereitschaft aller handelnden Akteure voraus und beinhaltet eine gewisse Kompromissbereitschaft zwischen den Blöcken. Nationalstaatliche, innenpolitische oder kurzfristige wahlpolitische Interessen dürfen nicht länger eine umfassende Lösung torpedieren, um eine Reduktion des menschlichen Leids zu bewirken. 🌐

---

**Sven Schebeck**, hat das Bachelorstudium Politikwissenschaften an der Universität Wien absolviert. Zurzeit besucht er das Masterstudium der Politikwissenschaft sowie das Bachelorstudium der Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Er ist seit kurzem Redaktionsmitglied von INTERNATIONAL und betreut dort die Europaberichterstattung.

E-Mail: [schebek.sven@gmx.at](mailto:schebek.sven@gmx.at)

#### Quellenverzeichnis:

Buckel, Sonja (2018): *Winter is coming – Der Wiederaufbau des europäischen Grenzregimes nach dem „Sommer der Migration“*. In: *Prokla* 192(3). S. 441.

Deutsche Welle (2021): *Lettland ruft Ausnahmezustand aus*, 10.08.2021, Online unter: <https://www.dw.com/de/lettland-ruft-ausnahmezustand-aus/a-58824077>.

EURACTIV (2021): *Polen baut 2,5 Meter hohen Stacheldrahtzaun an Grenze zu Belarus*, 24.08.2021, Online unter: <https://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/polen-baut-25-meter-hohen-stachel-drahtzaun-an-grenze-zu-belarus/>.

Faigle, Philip (2016): *Und sie kommen trotzdem, Ungarn gilt plötzlich vielen EU-Staaten als Beweis, dass Zäune Flüchtlinge aufhalten und Abschottung gelingen kann. Doch das ist ein Irrtum*. *Die Zeit*, 07.03.2016, Online unter: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-03/asylpolitik-ungarn-viktor-orban-grenzzaun-gefuechtete>.

Gartner, Gerald/Hellmann, Gabriel/Janik, Ralph et. al. (2017): *Menschenrechtliche Alternativen*, 01.10.2017 <https://www.addendum.org/asyl/asyl-boltzmann/>

Süddeutsche Zeitung (2021): *Wie EU-Länder ihre Grenzen gegen Migration befestigen*, 31 August 2021, Online unter: <https://www.sueddeutsche.de/politik/migration-wie-eu-laender-ihre-grenzen-gegen-migration-befestigen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-210831-99-41648>.

Statista (2018): *Länge von Grenzen und Grenzzäunen auf der Balkanroute im Jahr 2018 (in Km)*, Online unter: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1171729/umfrage/grenzen-und-grenzzaeunen-auf-der-balkanroute/>.

UNO Flüchtlingshilfe (2020): *Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht*, Online unter: <https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen>. Anm. Ausgewählte Daten aus dem UNHCR-Global-Trends-Report.

ZDF – Heute in Europa (2021): *Ungarn: Grenzzaun verliert an Wirkung*, 16.08.2021, Online unter: <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-in-europa/ungarn-grenzzaun-verliert-an-wirkung-100.html>.